



Stadtverwaltung Jena • Postfach 10 03 38 • 07703 Jena

per Email
Herrn
Jan Huwald
Lindenhöhe 15
07749 Jena

Dienstgebäude: Am Anger 34, 07743 Jena
Zimmer: 4.11
Sachbearbeiter:
Telefon: 492500
Fax: 492532
E-Mail: arndtf@jena.de

Ihr Schreiben / Zeichen: 23.10.2007
Unser Schreiben / Zeichen: oajena-ar-versamml-
06.11.2007
Datum: 01.11.2007

Vollzug des Gesetzes über Versammlungen und Aufzüge (Versammlungsgesetz - VersammlG) in der derzeit gültigen Fassung

Es ergeht folgender

Bescheid:

Herr Jan Huwald zeigte am 23. Oktober 2007 per Fax für den 06. November 2007 eine Kundgebung mit Aufzug in Jena, unter dem Thema „Freiheit stirbt mit Sicherheit“ an.

I. Durchführung, Auflagen

1. Für die Kundgebung mit Aufzug werden folgende Auflagen verfügt:

- a) Die Auftaktkundgebung beginnt um 16.30 Uhr auf dem Markt.
- b) Der Aufzug beginnt im Anschluss an die Auftaktkundgebung und die Aufzugsstrecke geht vom Markt - Weigelstraße - Johannisstraße - Leutragraben (Richtungsfahrbahn) - Kollegiengasse - Zwischenkundgebung Kollegiengasse Höhe Neue Mitte - Nonnenplan - Zwischenkundgebung Nonnenplan Ecke Löbderstraße - Löbderstraße - Durchgang Rathaus - Markt.
- c) Die Abschlusskundgebung in Form einer Mahnwache findet im Anschluss an den Aufzug auf dem historischen Markt statt und ist spätestens 21:00 Uhr beendet.
- d) Die ungehinderte Durchfahrt für Rettungsfahrzeuge ist zu gewährleisten.
- e) Der Inhalt des Auflagenbescheides ist den Veranstaltungsteilnehmern kundzutun.

2. Der Leiter der Versammlung

- Der Versammlungsleiter und seine Vertreterin haben ständig anwesend zu sein.
- Für die Durchsetzung der Auflagen ist der Versammlungsleiter, während seiner Abwesenheit seine Vertreterin, verantwortlich.

- Der Versammlungsleiter ist verpflichtet, sich vor Beginn der Versammlung beim Einsatzleiter der Polizei zu melden und sicherzustellen, dass er für diesen während der gesamten Dauer der Veranstaltung jederzeit als Ansprechpartner zur Verfügung steht.
- Der Versammlungsleiter hat diesen Bescheid mitzuführen und auf Verlangen der Polizei vorzuweisen.
- Der Versammlungsleiter hat für den ordnungsgemäßen Ablauf der Versammlung zu sorgen. Er ist dafür verantwortlich, dass der festgelegte zeitliche und räumliche Ablauf eingehalten wird. Er muss mit seinen Anweisungen jederzeit die Teilnehmer der Veranstaltung erreichen können.
- Der Versammlungsleiter hat allen Teilnehmern vor Beginn der Veranstaltung die durch sie zu beachtenden Auflagen bekannt zu geben und sie erforderlichenfalls auf die bei Zuwiderhandlungen mögliche Einleitung eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens (§ 29 Abs. 1 N3. VersammlG) hinzuweisen.
- Der Versammlungsleiter hat sicherzustellen, dass keine alkoholisierten Personen an der Versammlung teilnehmen.
- Kommt es zu Ausschreitungen und vermag sich der Versammlungsleiter nicht durchzusetzen, so hat er die Versammlung zu unterbrechen, erforderlichenfalls zu beenden.
- Der Versammlungsleiter hat allen Kundgebungsteilnehmern das Ende der Versammlung bekanntzugeben und sie aufzufordern, den Platz friedlich zu verlassen.

2. Der Leiter der Versammlung

- Der Versammlungsleiter und seine Vertreterin haben ständig anwesend zu sein.
- Für die Durchsetzung der Auflagen ist der Versammlungsleiter, während seiner Abwesenheit seine Vertreterin, verantwortlich.
- Der Versammlungsleiter ist verpflichtet, sich vor Beginn der Versammlung beim Einsatzleiter der Polizei zu melden und sicherzustellen, dass sie für diesen während der gesamten Dauer der Veranstaltung jederzeit als Ansprechpartnerin zur Verfügung steht.
- Der Versammlungsleiter hat diesen Bescheid mitzuführen und auf Verlangen der Polizei vorzuweisen.
- Der Versammlungsleiter hat für den ordnungsgemäßen Ablauf der Versammlung zu sorgen. Er ist dafür verantwortlich, dass der festgelegte zeitliche und räumliche Ablauf eingehalten wird. Er muss mit seinen Anweisungen jederzeit die Teilnehmer der Veranstaltung erreichen können.
- Der Versammlungsleiter hat allen Teilnehmern vor Beginn der Veranstaltung die durch sie zu beachtenden Auflagen bekannt zu geben.
- Der Versammlungsleiter hat sicherzustellen, dass keine alkoholisierten Personen an der Versammlung teilnehmen.

- Kommt es zu Ausschreitungen und vermag sich der Versammlungsleiter nicht durchzusetzen, so hat sie die Versammlung zu unterbrechen, erforderlichenfalls zu beenden.
- Der Versammlungsleiter hat allen Kundgebungsteilnehmern das Ende der Versammlung bekanntzugeben und sie aufzufordern, den Platz friedlich zu verlassen.

3. Ordner

- Es wird die Bereitstellung von 10 Ordner angeordnet. Der Versammlungsleiter hat dafür zu sorgen, dass alle Ordner während der Dauer der Versammlung ständig anwesend sind. Die Ordner müssen mit einer entsprechend gekennzeichneten Armbinde versehen sein. Den eingeteilten Ordnern sind die erlassenen Auflagen bekannt zu geben. Der Versammlungsleiter hat sie darüber hinaus vor Beginn der Versammlung über ihre Aufgaben zu belehren und anzuhalten, gegen Störer in angemessener Weise einzuschreiten.

4. Kundgebungsmittel

- Stangen für Transparente, Plakate und Fahnen dürfen eine Höchstlänge von 2 Metern nicht überschreiten und müssen aus Holz sein. Das Mitführen von Transparenten längs der Aufzugsrichtung mit einer Länge von mehr als 1,50 Metern ist verboten; diese dürfen auch nicht miteinander verbunden werden. Zwischen den Transparenten muss ein erkennbarer Abstand von mindestens 0,50 m eingehalten werden.
- Während der Kundgebung dürfen keine Hunde mitgeführt werden. Dies gilt nicht für Behindertenführhunde, deren Notwendigkeit nachgewiesen werden muss.
- Für die Auftakt-, Abschluss- und Zwischenkundgebungen wird eine stationäre bzw. mobile Lautsprecheranlage zugelassen.
Lautsprecher dürfen nur für Ansprachen und Darbietungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Versammlungsthema stehen, sowie für Ordnungsdurchsagen verwendet werden.
Die Lautstärke der Lautsprecheranlage ist dabei so einzustellen, dass nur die unmittelbaren Versammlungsteilnehmer angesprochen werden und darüber hinaus Passanten und Anwohner nicht mehr als nach den Umständen unvermeidbar belästigt werden (tags 70 dB(A) (06:00 Uhr bis 22:00 Uhr nach der TA Lärm); insbesondere ist es nicht gestattet, akustische Kundgebungsmittel zu verwenden, die zu einer unverhältnismäßig hohen Lärmbelästigung für Anwohner und Passanten führen. Anweisungen der Polizei zur Lautstärkeregelung ist Folge zu leisten.

5. Sonstiges

- Die Kundgebungsteilnehmer dürfen gemäß § 2 Abs. 3 VersammlG keine Waffen, Glasflaschen, Dosen und Behältnisse, die als Wurfgeschosse dienen können, oder andere gefährliche Gegenstände bei sich führen und dürfen sich gemäß § 17 a Abs. 2 VersammlG nicht verumkleiden.

- Während der gesamten Dauer der Kundgebung und des Aufzugs ist die Polizei ermächtigt, i. S. des § 15 VersammlG die erforderlichen Anordnungen bzw. notwendigen Änderungen von Auflagen bezüglich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung unmittelbar zu treffen. Den Anordnungen ist unverzüglich Folge zu leisten. Die Festsetzung weiterer Anordnungen auch hinsichtlich der Aufzugsstrecke und Zwischenkundgebungen im Sinne des § 15 VersammlG bleiben ausdrücklich vorbehalten. Bei Änderung der Verhältnisse entgegen der Anmeldung wird die Polizei durch die Stadtverwaltung Jena ermächtigt, die Anordnungen zu treffen, die der Zweckbestimmung des § 15 VersammlG entsprechen.
- Es ist verboten an der Versammlung in einer Aufmachung (Vermummung), die geeignet und den Umständen nach darauf ausgerichtet ist, die Feststellung der Identität zu verhindern, teilzunehmen oder den Weg zur Versammlung in einer solchen Aufmachung zurückzulegen. (§ 17a Abs. 2 Nr. 1 VersammlG).
- Untersagt wird die Benutzung von Transparenten strafbaren Inhalts, die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen sowie das Tragen von Uniformen, Uniformteilen oder gleichartigen Kleidungsstücken als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung.

6. Die sofortige Vollziehung der vorstehenden Ziffern 1. bis 5. wird angeordnet.

II. Gründe

Herr Jan Huwald zeigte am 23. Oktober 2007 per Fax für den 06. November 2007 eine Kundgebung mit Aufzug in Jena, unter dem Thema „Freiheit stirbt mit Sicherheit“ an. Die Aufzugsstrecke geht vom Markt - Weigelstraße - Johannisstraße - Leutragraben - Kollegiengasse - Zwischenkundgebung Kollegiengasse Höhe Neue Mitte - Nonnenplan - Zwischenkundgebung Nonnenplan Ecke Löbderstraße - Löbderstraße - Durchgang Rathaus - Markt.

Als Kundgebungsmittel wurden ein Lautsprecherwagen, Megaphon, Transparente, Fahnen, Aktionsmaterial, Getränkestand, Infotisch und gute Laune angezeigt.

Diese Kundgebung ist eine Demonstration gegen die für den 09.11.2007 geplante Verabschiedung des Gesetzes zur Vorratsspeicherung von Daten.

Am 25. Oktober 2007 fand im Ordnungsamt der Stadt Jena ein Kooperationsgespräch mit dem Anmelder, der Polizei und der Versammlungsbehörde statt.

Im Kooperationsgespräch wurde über den Kundgebungsort und die Aufzugstrecke Einigkeit erzielt. Es wurde auf den Erlass von Auflagen hingewiesen.

Die Stadtverwaltung Jena ist zum Erlass dieses Bescheides gemäß § 14 Abs. 1 VersammlG in Verbindung mit § 18 Abs. 1 Ziffer 3 und 5 der 2. Thüringer Verordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Thüringer Innenministeriums in der derzeit gültigen Fassung und § 3 Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung in der derzeit gültigen Fassung sachlich zuständig.

Die örtliche Zuständigkeit folgt aus § 3 Abs. 1 Nr. 4 Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetz (ThürVwVfG) in der derzeit gültigen Fassung.

Rechtsgrundlage für die erteilten Auflagen ist § 15 Abs. 1 VersammlG. Nach dieser Vorschrift kann die zuständige Behörde die Versammlung oder den Aufzug von bestimmten Auflagen abhängig machen, wenn nach den zur Zeit des Erlasses der Verfügung erkennbaren Umständen die öffentliche Sicherheit oder Ordnung unmittelbar gefährdet ist.

Das Alkoholverbot ist zu erlassen, weil der Genuss von Alkohol die menschliche Hemmschwelle senkt und dadurch die Gefahr der Begehung von Straftaten erhöht.

Das Verbot des Mitführens von Hunden ergeht, weil nicht ausgeschlossen werden kann, dass gewaltbereite Teilnehmer Hunde mit sich führen, die als „Waffe“ eingesetzt werden. Weiter ergeht dieses Verbot aus tierschutzrechtlichen Gründen, weil nicht sehr gut ausgebildete Hunde sich in großen Menschenansammlungen in Stresssituationen befinden können und dies für die Tiere eine Qual darstellt. Weiterhin kann es zu Stressreaktionen der Tiere führen, so dass von den Hunden eine nicht kalkulierbare Gefahr ausgeht.

Die Auflage zur Einhaltung der zulässigen Immissionsrichtwerte von tags 70 dB(A) für seltene Schallereignisse an den betroffenen schutzwürdigen Räumen in der Nachbarschaft (§ 22 Bundesimmissionsschutzgesetz – BImSchG) musste erlassen werden, da nur so gesichert ist, dass Bürger, die nicht an der Kundgebungen teilnehmen wollen durch zu laute Musik und Redebeiträge in ihrem Recht auf negative Versammlungsfreiheit beeinträchtigt werden.

Die Begrenzung der Stangen für Transparente, Plakate und Fahnen auf eine Höchstlänge von 2 Metern war erforderlich zum Schutz der Teilnehmer. Die Länge der Transparente ist auf 1,50 m zu begrenzen, da in der jüngsten Vergangenheit (z.B. 18.08.2007 in Jena) längere Transparente zur Identitätsverschleierung genutzt werden. Auch bei Einhaltung der Verfügung wird das Recht auf kollektive Meinungsäußerung gewahrt. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 27. Mai 2007 (BVerfGE 116/1, BGBl. S. 1473) festgestellt, dass durch die Einschränkung der Größe der Transparente nicht die freie Meinungsäußerung eingeschränkt wird. Die Kundgebungsteilnehmer haben nach wie vor die Möglichkeit, ihr Anliegen den umstehenden Personen mitzuteilen. Es handelt sich um das Recht auf Versammlungsfreiheit geringfügig berührende Auflagen.

III.

Nach § 18 Abs. 1 VersammlG kann der Leiter sich bei der Durchführung seiner Rechte einer angemessenen Zahl ehrenamtlicher und unbewaffneter Ordner bedienen. Die Verwendung von Ordnern bedarf der Genehmigung (§§ 18 Abs. 2 Satz 1, 19 Abs. 1 Satz 2 VersammlG). Dem Antrag auf Erteilung dieser Genehmigung war in angemessener Höhe stattzugeben.

IV.

Die sofortige Vollziehung der Auflagen wurde nach § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 VwGO in der derzeit gültigen Fassung angeordnet, weil nur so verhindert werden kann, dass die Versammlung unter Verstoß gegen gesetzliche Bestimmungen abgehalten wird. Dem gegenüber muss das Interesse des Veranstalters an der Durchführung der Versammlung ohne Auflagen zurücktreten. Es besteht die begründete Besorgnis, dass die von der Versammlung ausgehende, mit den Auflagen bekämpfte Gefahr, sich

bereits im Zeitraum bis zu einer gerichtlichen Hauptsacheentscheidung über die Rechtmäßigkeit realisiert. Der Gesichtspunkt der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist geeignet, das besondere öffentliche Interesse an der Anordnung der sofortigen Vollziehung des Bescheides zu rechtfertigen. Wenn die sofortige Vollziehung nicht angeordnet würde, wäre es wegen der aufschiebenden Wirkung eines Widerspruchs möglich, die ausgesprochenen Auflagen zu unterlaufen. Mit dem Ablauf der Versammlung hätten aber dann die Auflagen jeglichen Sinn verloren.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich bei der Stadtverwaltung Jena, Ordnungsamt, PF 100 338, 07703 Jena oder zur Niederschrift im Dienstgebäude, Stadtverwaltung Jena, Ordnungsamt, Am Anger 34, 07743 Jena, einzulegen.

Die Frist wird auch durch Einlegung bei der Behörde, die den Widerspruchsbescheid erlässt, Thüringer Landesverwaltungsamt, PF 2249, 99403 Weimar gewahrt. Bei schriftlicher Einlegung des Widerspruchs ist die Widerspruchsfrist (Satz 1) nur gewahrt, wenn der Widerspruch noch vor Ablauf dieser Frist eingegangen ist. Falls die Frist durch das Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden sollte, muss dieses Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

gez. Frank Arndt
amt. Amtsleiter



Kundgebungsorte:

Auftakt- und Abschlusskundgebung - historischer Markt

Zwischendkundgebungen - Kollegiengasse und Nonnenplan Ecke Löbderstraße